

### **Mitglied FDP-Fraktion**

Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

### **Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial**

Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

### **Mitglied SPD-Fraktion**

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir

bis 16.00 Uhr

Ausschussmitglied Christina Heide

### **Mitglied Gruppe CDU/WBV**

Ausschussmitglied Astrid Zaage

### **Mitglied AfD-Fraktion**

Grundmandat Mirco Danner

### **Freie Jugendhilfe**

Ausschussmitglied Elke Heckmann

Ausschussmitglied Andreas Koût

Ausschussmitglied Gerda Rohlfing

Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt

### ***beratende Mitglieder***

### **Vertreteterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher**

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

### **Elternvertreterin**

beratendes Mitglied (Vertreterin) Kirsten Witte

### **Lehrervertreterin**

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

**Ev.-luth. Kirche**

beratendes Mitglied Doris Voges

**Röm.-kath. Kirche**

beratendes Mitglied Andreas Boltz

**in der Jugendhilfe erfahrene Person**

beratendes Mitglied Bernhard Busemann

**Leiter Referat 6**

beratendes Mitglied Carsten Feist

**Jugendamt**

Jörg Ratzmann

**Protokollführer**

Jürgen Broda

**Gäste**

Britta Baumgart  
Kirsten Duschak  
Annemarie Rasche  
Felix Rasche

Jugendamt  
Jugendamt  
Jugendzentrum POINT  
Jugendzentrum POINT

**es fehlten entschuldigt**

Ausschussmitglied Martin Ehlers  
beratendes Mitglied Jan Gerjets  
beratendes Mitglied Jürgen Hoffmann  
Grundmandat Irina Moriß-Kappes  
beratendes Mitglied Petra Schrecker-Steinborn  
beratendes Mitglied Ellen Seehausen

Mitglied Gruppe CDU/WBV  
Stadtjugendpfleger  
in der Jugendhilfe erfahrene Person  
AfDW-Fraktion  
Elternvertreterin  
Gleichstellungsbeauftragte

## A Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 12. September 2018 und 14. November 2018
- 4 Vorlagen an den Rat
  - 4.1 Ausbau Kindertagespflege
- 5 Information Präventionsketten in Wilhelmshaven
- 6 Information zum Bereich Bildung und Teilhabe
- 7 Mitteilungen und Anfragen
  - 7.1 Informationen zum Projekt QuiK
  - 7.2 Umnutzungen von zwei Spielflächen
  - 7.3 Informationen zur Sprachförderung

**296/2018**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Schulte eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgte einstimmig.

### **Beschluss:**

- einstimmig zugestimmt -

## 3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 12. September 2018 und 14. November 2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12. September 2018 wurde mit folgender Änderung zu TOP 7.3 einstimmig genehmigt.

*Frau Heide wies darauf hin, dass eine (zeitlich befristete) Einstellung von Hartz IV-Empfängerinnen, auch mit einer vorangegangenen Schulung zur Tagespflegeperson, die ja keine Berufsausbildung darstelle, dazu führen würde, dass diese Personen nach Ablauf des Arbeitsvertrages wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen würden. Dies bezeichnete sie als menschenverachtend. Außerdem sei der Einsatz von pädagogisch hochqualifiziertem Personal gerade für die U3-Kinder unbedingt erforderlich.*

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 14. November 2018 wurde einstimmig genehmigt.

### **Beschluss:**

- einstimmig zugestimmt -

## 4 Vorlagen an den Rat

### 4.1 Ausbau Kindertagespflege

**296/2018**

Herr Feist erläuterte die Beschlussvorlage unter Hinweis auf vorangegangene Beratungen im Jugendhilfeausschuss. Nach wie vor bestünde ein hoher Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen, der durch einen Einsatz von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Tagespflegepersonen und die Schaffung von zwei Großtagespflegestellen bedient werden soll.

Frau Bakir sagte, dass sie die Beschlussvorlage für wichtig und richtig halte, sich bei der Abstimmung aber der Stimme enthalten werde.

Frau Heide kündigte an, dass die Mehrheit der SPD-Fraktion diese Vorlage ablehnen werde. Sie betonte, dass die Qualifizierungsmaßnahme zur Tagespflegeperson keine Ausbildung ist und stellte fest - wenn das zurzeit auf drei Jahre befristete Projekt auslaufen sollte - für diese auch noch gering bezahlten Personen keine Alternativen mehr bestehen dürften und sie dann wieder erneut arbeitslos wären. Sie hält dies für menschenverachtend. Des Weiteren führte sie pädagogische Gründe an; eine Betreuung in der Kindertagespflege könne bei weitem nicht an die Qualität in Kindertagesstätten heranreichen.

Herr Koût ergänzte, dass es in Wilhelmshaven bislang immer gelungen sei, einen hohen Qualitätsstandard in der Kinderbetreuung zu halten. Dies dürfe nicht untergraben werden.

Herr Feist zeigte sich von der jetzt aufkommenden Diskussion überrascht und verstand die Einwände nicht. Wer jetzt auf einmal die Qualifikation der Tagespflegepersonen in Frage stelle, müsste in der Konsequenz auch beantragen, dieses Modell gänzlich vom Markt zu nehmen. Die Qualifikation der Tagespflegepersonen habe bislang nie zur Diskussion gestanden. Seit elf Jahren werden vom Familien- und Kinderservicebüro in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Personen qualifiziert, vermittelt und begleitet - und das weit über den gesetzlichen Rahmen hinaus.

Die Bezahlung erfolge tarifgerecht. Darüber hinaus träfen die Eltern ja eine autonome, selbstständige Entscheidung. Viele würden dabei aus den unterschiedlichsten Gründen auch sehr bewusst die Betreuung durch die Kindertagespflege wählen.

Des Weiteren werde der Bedarf nach Kindertagesstättenplätzen weiter steigen. Die Ausbaureserve sei hingegen abgeschöpft. Von der Beschlussfassung bis zur Inbetriebnahme müsse aktuell von rund zwei Jahren ausgegangen werden - die Zeit habe man nicht.

Frau Heckmann wies darauf hin, dass - allein schon aus zeitlichen Gründen; denn jetzt besteht der Bedarf nach Betreuungsplätzen - keine Alternative in Sicht sei.

**Herr Dr. Schulte gab den Vorsitz an Frau Stomberg ab.**

Herr Dr. Schulte sagte, dass er sich dagegen wehre, dass man einen Job nur dann gut machen könne, wenn man eine Ausbildung habe. Hier gehe es jetzt darum Lösungen zu finden. Dieser hier vorliegende Beschlussvorschlag sei doch eine gute Lösung. Der Bürger dürfte seines Erachtens kein Verständnis dafür haben, wenn man diese Chance, den Leuten helfen zu können, nämlich Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder anzubieten, nicht nutzen würde.

**Herr Dr. Schulte übernahm wieder den Vorsitz.**

**Beschluss:**

- mehrheitlich (6 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung) zugestimmt -

Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb von zwei Standorten für Großtagespflegestellen auszuschreiben. Der Betrieb ist auf zunächst drei Jahre zu befristen.

5 Information Präventionsketten in Wilhelmshaven

Frau Baumgart und Frau Duschak informierten mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation (**Anlage 1**) über das Projekt der Präventionskette in Wilhelmshaven „Gesund aufwachsen für alle Kinder!“.

Frau Duschak erläuterte, dass man bestehende „Lücken“ füllen wolle - also Übergänge schaffen und „Brücken bauen“.

Frau Baumgart ergänzte, dass die Angebote weiterhin aus den Sozialräumen, von den Akteuren vor Ort und aus den Familien, die Bedarfe auch selber anmelden, kämen. Man sei wissenschaftlich „unterwegs“, erhebe Daten, formuliere Ziele und begleite deren Prozesse. Es sei dabei u. a. sehr wichtig hier Verbindungen zu möglichen Angeboten, wie z. B. Unterstützungsbedarfe, herzustellen.

Ein Ziel in Wilhelmshaven war zunächst dabei zu unterstützen, dass den Kindern der Übergang vom Kindergarten zur Schule gelingt. Dieser Zeitraum wurde vom letzten Kindergartenjahr bis zum Ende des ersten Schuljahres ausgedehnt, um Entwicklungsstände der Kinder und auch die Bedarfe, die die Eltern dabei haben, besser zu berücksichtigen. Es werde versucht den Kindern Hilfestellungen zu geben, aber auch den Eltern Angebote zu machen, die dabei helfen, die Entwicklung ihrer Kinder besser zu gestalten. Man stärke damit die Rolle der Eltern als Entwicklungsbegleiter ihrer Kinder.

Wie die Koordination Präventionskette im Einzelnen funktioniert erläuterte sie anhand des Organigramms, das ebenfalls Bestandteil der Anlage ist.

Frau Duschak ging dann noch auf die bisherige Prozessentwicklung ein.

Ein Anliegen der Akteure aus dem Programm ist die enge Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss. Frau Duschak formulierte den Wunsch, dass sich Personen aus dem Jugendhilfeausschuss an der aktiven Arbeit in der Steuerungsgruppe der Präventionsketten beteiligen.

## 6 Information zum Bereich Bildung und Teilhabe

Herr Feist machte Ausführungen zum Thema Bildung und Teilhabe (**Anlage 2**) und nahm in diesem Zusammenhang Bezug auf die Rechtsgrundlage im § 28 SGB II, wonach der Bund finanzschwachen Familien finanzielle Unterstützung an Bedarfen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben gewährt.

Er informierte über die Anzahl und den damit verbundenen Zahlungen der beim Jobcenter und der Stadt Wilhelmshaven bearbeiteten Fälle im Vergleich der Jahre 2016, 2017 und über den bisherigen Verlauf in 2018 (Januar bis Oktober).

Er bewertete positiv, dass dabei für die Lernförderung, die sehr wichtig sei, deutlich am meisten Geld ausgegeben werde.

## 7 Mitteilungen und Anfragen

### 7.1 Informationen zum Projekt QuiK

Herr Feist informierte darüber, dass das Land Niedersachsen mit der Förderrichtlinie QuiK (Qualität in Kindertagesstätten) den örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe Zuwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten unter der Berücksichtigung des Ziels der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen gewährt.

Aktuell werden darüber 17 mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit in Einrichtungen tätige QuiK-Kräfte finanziert, deren Verträge mit Ablauf des 31. Dezember 2018 auslaufen.

Für den nunmehr anschließenden Förderzeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2020 sind frist- und formgerecht Fördermittel beantragt, aber noch nicht bewilligt worden. Dabei ist eine Anschlussförderung vom Land angekündigt, ein rechtskräftiger Förderbescheid liegt indes noch nicht vor und ist nach Aussagen der Landesverwaltung in 2018 auch nicht mehr zu erwarten.

Eine Übertragung der Restmittel aus 2018 nach 2019 – zur Zwischenfinanzierung – lehnte das Land ab.

Er wies weiterhin darauf hin, dass damit das akute Risiko einer Versorgungslücke ab dem 1. Januar 2019 besteht und die 17 beschäftigten Personen Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

## 7.2 Umnutzungen von zwei Spielflächen

Herr Feist informierte darüber, dass der Ortsrat den ehemaligen Spielplatz Maikeweg in Fedderwarden als Naturersatzfläche nutzen wolle. Das Jugendamt wird dem zustimmen. In der Inostraße wurde ja ein neuer Spielplatz, der sich großer Akzeptanz erfreut, geschaffen.

Die sich im Bereich des Beginns der Fußgängerzone befindliche Kleinspielanlage Grenzstraße/Peterstraße wird zurückgebaut werden. Die Spielgeräte werden dann dem Spielplatz Metzer Weg/Peterstraße zugeführt werden.

## 7.3 Informationen zur Sprachförderung

Frau Biermann fragte nach noch ausstehenden Informationen zum Thema Sprachförderung.

Herr Feist gab bekannt, dass in einer der nächsten Sitzungen durch die Sprachförderkraft, Frau Borowski, das Konzept im Detail vorgestellt werde.

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 16.55 Uhr**

gez.

gez.

gez.

---

Feist  
Leiter Referat 6

---

Dr. Schulte  
Vorsitzender

---

Broda  
Protokollführer